Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten ..., bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Soeben erschien im Verlag der Diätetischen Heilanstalt:
Herzkrankheiten und ihre Behandlung durch die **Diätetische Heilmethode**, populär-wissenschaftlich dargestellt von **Dr. Felix Kles**, Dir. der Diätetischen Heilanstalt zu Dresden-N.
Preis 1½ Mark, durch jede Buchhandlung zu beziehen.

(D. R.-P.) **Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser **Thürschliesser.**
75.000 St. im Gebrauch. Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius, Königl. Sächs. Hoflieferant, Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

Reise-Artikel,
Photographiealbums, Damentaschen, Portefeuillewaaren
empfiehlt in reichhaltiger Auswahl
Bernhard Rüdiger,
Wilsdruffer Strasse 3.

MATTONI's **GIESSHÜBLER** reinster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Natürl. Mineralwässer,
garantirt diesjährige frische Füllung, im inneren Stadtbezirke freie Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden.

Die **Weinhandlung** und **Weinstube** von **Moritz Ranft** befindet sich vom 1. August a. c. im eigenen Hause **Scheffelstrasse 32,** an der Wallstrasse.

Nr. 213. Spiegel: Verhandlungen der Handwerkerkonferenz. Hofnachrichten. Festmahl der Bogenschützen. Statistische Beobachtungen. Vogelwiese. Fußballwettspiel. Gerichtsverhandlungen. „Faust". | Vermuthliche Witterung: Neigung zu Niederschlägen. | **Freitag, 2. August.**

Politisches.

Auf Grund der Thatsache, daß gegenwärtig in Berlin in einer vertraulichen Konferenz der Vertreter deutscher Innungsverbände und Innungsausschüsse über die Regierungsvorschläge zur Reorganisation des Handwerks verhandelt wird, könnte man wohl geneigt sein, sich endlich der gerechten Erwartung hinzugeben, daß in der nächsten Tagung des Reichstages die gesetzgeberische Thätigkeit zur Hebung und Förderung der Lage des gewerblichen Mittelstandes eröffnet werden wird. An Erwägungen und Vorbesprechungen, an Enquêten und Projekten, an Verheißungen und Versprechungen, an Kritik und Gegenkritik ist wahrlich kein Mangel gewesen. Wenn jemals ein Gegenstand nach allen Richtungen hin erschöpfend behandelt worden ist, so ist dies in Bezug auf die Handwerkerfrage der Fall gewesen. An Rührigkeit und Eifer, an Geduld und Langmuth haben es die Handwerker in Vertretung ihrer Interessen und Forderungen nicht fehlen lassen. In unermüdlichen Agitationen haben sie immer wieder ihre Wünsche geltend zu machen gesucht, und in Versammlungen, in der Presse und im Parlament durch diejenigen Parteien, die für sie eintreten, sind die Mittel nachdrücklich und rückhaltlos hervorgehoben worden, durch welche das Handwerk gepflegt und gekräftigt werden kann. In jedem Jahre sind auf allen Innungs- und Handwerkertagen mit rührender Zähigkeit die alten programmatischen Forderungen aufgestellt und mit seltener Einmüthigkeit als die unerläßlichen Bedingungen bezeichnet worden, unter denen allein eine Gesundung des Handwerks zu ermöglichen ist. Auch der Reichstag hat wiederholt und mit wachsenden Mehrheiten der Regierung gegenüber seinen Standpunkt festgelegt. Aber sobald es sich für diese darum handelte, der Fertigstellung der verheißenen Gesetzentwürfe zur Organisation des Handwerks entschlossen näher zu treten und so die Ergebnisse der Voruntersuchungen, Erörterungen und Abstimmungen in gesetzgeberische Thaten umzusetzen, dann stellten sich im letzten entscheidenden Augenblicke jedesmal Bedenken und Schwierigkeiten ein, angeblich so außerordentlicher Natur, daß die Regierungsaktion schließlich stets wieder darin bestand, daß die Versprechungen, mit denen man die Handwerker oft genug schon vertröstet hatte, Versprechungen blieben. Seit Jahr und Tag haben Regierungspläne für eine Neugestaltung des Handwerks durch die Luft geschwirrt, ohne daß sie sich zu einem greifbaren Gesetzesvorschlag zu verdichten vermochten. Man behauptete, sehr eifrig daran zu arbeiten, aber schließlich pflegten sie regelmäßig wieder in den ministeriellen Aktenschränken oder in den Protokollen der Vorkonferenzen zu verschwinden. Schon vor vier Jahren hatte Herr v. Bötticher einmal im Reichstage in behaglicher Breite eine glänzende Zukunftsschilderung von Handwerker- und Gewerbekammern, in denen das gesammte Handwerk vertreten sein sollte, entworfen; aber als er ermahnt wurde, von dem zögernden „Ja — aber!" doch endlich zu einem kräftigen „Ja — also!" überzugehen, da entschuldigte er sich damit, daß, wie er einmal bemerkte, „wirklich ganz außerordentliche Schwierigkeiten in der Lösung der Handwerkerfrage lägen und daß die Regelung der Interessen des Handwerkerstandes keine isolirte ist, sondern dabei in Berücksichtigung gezogen werden müssen die Interessen namentlich unserer Großindustrie". Die Rücksicht auf dergleichen Interessen scheinen Herrn v. Bötticher damals bewogen zu haben, von dem ursprünglichen Plane, das gesammte Handwerk in Handwerker- und Gewerbekammern zusammenzufassen, Abstand zu nehmen. Ein entsprechender Gesetzentwurf war zwar von dem preußischen Minister v. Berlepsch ausgearbeitet worden, aber er blieb liegen, weil die darin vorgesehene Zwangsorganisation gerade bei Herrn v. Bötticher Bedenken erregt haben soll, dem es, wie es hieß, gelang, auch den Reichskanzler Grafen Caprivi zu überzeugen, daß man in der heutigen Zeit mit Zwangseinrichtungen nichts ausrichten werde. Vor zwei Jahren veröffentlichte der „Reichsanzeiger" neue Vorschläge des Herrn v. Berlepsch zur Organisation des Handwerks und zur Regelung des Lehrlingswesens; aber diese Vorschläge fanden in den Kreisen der Sachverständigen und Interessenten so wenig Zustimmung, daß man sie ebenfalls ad acta legte.

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre, die in Enttäuschungen und fehlgeschlagenen Hoffnungen bestanden, und Angesichts der nicht gerade erbaulichen Thatsache, daß Herr v. Bötticher trotz seiner Verschleppungspolitik in den Handwerkerfragen auch heute noch in Berlin einen maßgebenden Einfluß besitzt, haben die Handwerker zunächst keinen Anlaß, mit einem allzu sanguinischen Optimismus den neuen Regierungsvorschlägen, die in letzter Zeit abermals in Aussicht gestellt worden, entgegenzusehen. In der That steht auch heute noch die Berliner Regierung dem Kardinalpunkte der Handwerkerforderungen, dem obligatorischen Befähigungsnachweise, ebenso ablehnend gegenüber wie seither. Die Handwerkerkonferenz in Berlin hat daher den Befähigungsnachweis aus dem Kreise der Erörterungen ausscheiden müssen. Die Regierungsvertreter hatten auf das Bestimmteste erklärt, daß die Regierung zur Zeit unter keinen Umständen gewillt sei, sich auf den Befähigungsnachweis einzulassen. Diese wenig entgegenkommende Haltung muß um so schwerer in's Gewicht fallen, als noch der letzte Allgemeine Deutsche Handwerkertag in Halle vor einem Vierteljahr einstimmig sein tiefstes Bedauern ausgesprochen hatte, daß die verbündeten Regierungen auf ihrer ablehnenden Stellungnahme gegenüber der Forderung des deutschen Handwerkerstandes nach gesetzlicher Einführung des Befähigungsnachweises fortgesetzt beharren, und zugleich erklärt hatte, an diesem Verlangen unbeirrt festhalten zu müssen, da ein wirksamer Schutz für das Handwerk nur durch den Befähigungsnachweis geschaffen werden könne. Nach den zur Zeit vorliegenden, allerdings nicht authentischen Mittheilungen scheint dagegen die Regierung der Forderung der obligatorischen Innung Rechnung tragen zu wollen, freilich auch nur in beschränktem Maße. Nach den Regierungsvorschlägen sollen alle Handwerker, die Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen, zum Eintritt in die Innung gehalten sein. Die Handwerkerkonferenz verlangte dazu die Berechtigung der Innungen, zu den Unkosten der Wohlfahrtseinrichtungen für Gesellen und Lehrlinge auch die Fabrikbetriebe nach Maßgabe der von ihnen beschäftigten handwerksmäßig ausgebildeten Gesellen heranziehen zu können. Der Vertreter des Reichsamts des Innern, Dr. Wilhelmi, hat sich mit dieser Erweiterung einverstanden erklärt. Nicht in die Innung übergeben sollen die Handwerker, welche weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen. Nach § 100e der Reichsgewerbeordnung kann jeder Handwerker, der mindestens einen Lehrling hält, gezwungen werden, der Innung seines Faches beizutreten und seine Beiträge zu entrichten, alle außerhalb der Innung stehenden Handwerksmeister können, auch wenn sie keinen Lehrling halten, nach § 100f zu den Kosten der innerhalb der Innung bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen herangezogen werden. Die in diesen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung liegenden Rechte stehen den Innungen aber nicht ohne Weiteres zu, sondern werden erst auf besonderen Antrag von der Staatsregierung verliehen. Nach dem Regierungsentwurfe soll diese Beitragspflicht jedes Handwerkers obligatorisch werden. Das wäre immerhin als ein Fortschritt zu begrüßen. Aber der Werth der von der Regierung geplanten Zwangsinnung wird gänzlich illusorisch gemacht durch die weitere Bestimmung, daß die Befähigung, Lehrlinge auszubilden, nicht nur den zunftmäßig ausgebildeten Meistern, sondern auch denjenigen Gewerbetreibenden zuzusprechen ist, die ein Handwerk 5 Jahre hindurch selbstständig betrieben haben. Nach der „D. Tgsztg." hat sich die Handwerkerkonferenz nach langem Bedenken entschlossen, gegen diese Bestimmung nicht zu protestiren. Einerseits sei dafür der dringliche Wunsch maßgebend gewesen, mit der Regierung zu einer Einigung zu kommen, andererseits habe man sich der Erwägung nicht verschlossen, daß eine derartige Bestimmung nur den Charakter eines Uebergangs haben könne. Als eine prinzipielle Zustimmung darf selbstverständlich das Verhalten der Handwerkerkonferenz in diesem Falle nicht angesehen werden.

Den Vorschlägen der Regierung über die Führung des Meistertitels hat sich die Konferenz rundweg angeschlossen. Der Regierungsentwurf will den Titel eines Handwerksmeisters nur Demjenigen zugestehen, der das Handwerk ordnungsmäßig erlernt und ausgeübt hat. Diese Bestimmung hat allerdings im Allgemeinen nur einen moralischen Werth, der überdies vollständig in Frage gestellt wird, wenn auch Gewerbetreibenden ohne den Ehrentitel „Meister" die Berechtigung zustehen soll, Lehrlinge auszubilden. Prinzipiell weit bedeutsamer als die rein formale Bestimmung über die Führung des Meistertitels sind die Regierungsvorschläge über die Handwerkerkammern. Die überwiegende Mehrheit der Kommission, welcher diese Vorschläge zur Vorberathung überwiesen worden war, hat sich gegen die Errichtung von Handwerkerkammern ausgesprochen. Nach den dürftigen Notizen, die hierüber vorliegen, haben sich die Vertreter des Handwerks weder von der Güte noch von der Nothwendigkeit solcher obligatorischer Vertretungskörperschaften überzeugen können. Die Schwierigkeit besteht in der Abgrenzung der Befugnisse der Handwerkerkammern gegenüber den jetzt vorhandenen Innungsverbänden, auf welche die Handwerker nicht verzichten können, weil sie die Organisationen der ganzen einzelnen Handwerke verkörpern, während die Handwerkerkammern (mit rechtsgelehrten Sekretären) nur provinzielle Vereinigungen der Vertreter der verschiedenen Handwerke darstellen. In weiten Kreisen des Handwerks und seiner Vertreter in der Konferenz hält man an der Ansicht fest, daß es weit besser wäre, die Innungsverbände weiter auszubauen, als neue Körperschaften zu schaffen, welche die Wirksamkeit der bereits vorhandenen nur beeinträchtigen.

Sehr trostreich und ermuthigend klingen somit die Mittheilungen nicht, die über die Verhandlungen der Handwerkerkonferenz in die Oeffentlichkeit gelangt sind, um so weniger, als jetzt zugleich offiziös betont wird, daß diese Konferenz eigentlich einen blos „informatorischen" Charakter haben soll, und daß nach derselben die Regierung auch noch Vertreter des Handwerks zur gutachtlichen Aeußerung berufen will, die auf anderem Boden stehen, wie die Gewerbevereine, ferner das nicht organisirte Gewerbe, süddeutsche Gewerbtreibende und endlich auch die Gehilfen sowohl in ihren Verbänden und Genossenschaften als Vertreter der nicht organisirten Gesellen. Bestätigt sich dies, so klebte für den Staatssekretär v. Bötticher und die übrigen Herren vom grünen Tische die Handwerkerfrage noch immer in dem Stadium der Erwägungen und Bedenken, der Begutachtungen und der Vorkonferenzen, und dann wäre eitel Dunst die Hoffnung auf eine baldige Reorganisation des Handwerks.

Vor 25 Jahren.

Am 2. August Vormittags 10 Uhr ist das kleine Detachement in Saarbrücken von 3 feindlichen Divisionen angegriffen, die Stadt mit 23 Geschützen beschossen worden. Um 12 Uhr wurde die Höhe des Exerzierplatzes, um 2 Uhr die Stadt von dem Detachement geräumt und der Rückzug zum nächsten Soutien angetreten. Verlust verhältnißmäßig gering. Nach Aussage eines Gefangenen war der Kaiser um 11 Uhr vor Saarbrücken eingetroffen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. August.

Berlin. Ueber das Unterbleiben des vom österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen dem deutschen Reichskanzler in Aussee vorige Woche angekündigten Besuchs theilt die offiziöse „Norddeutsche" mit: Der wirkliche Sachverhalt, der in einem vierfachen Depeschenwechsel besteht, ist folgender: Graf Goluchowski kündigte dem Reichskanzler von Ischl aus seine Absicht an, ihn in Aussee zu besuchen. Von Aussee wurde geantwortet, Fürst zu Hohenlohe sei auf einem Jagdausfluge im Hochgebirge abwesend, von dem er erst am Sonntag zurückerwartet werde. Graf Goluchowski dankte für die Benachrichtigung und theilte mit, genöthigt zu sein, nach Wien zurückzukehren, fügte aber hinzu, daß er in nächster Zeit wieder in Ischl eintreffen und dann den beabsichtigten Besuch beim Fürsten zu Hohenlohe in Aussee machen werde. Fürst Hohenlohe antwortete, daß er mit Vergnügen dem Besuche des Grafen Goluchowski entgegensehe. — Dem Vernehmen nach hat sich Geh. Rath Leyden über den Gesundheitszustand des russischen Thronfolgers, den er während seiner Anwesenheit in Petersburg untersucht, befriedigend geäußert. Der Thronfolger hat die weite Reise gut überstanden, auch sonst läßt das Allgemeinbefinden nichts zu wünschen übrig. — Die Handwerkerkonferenz ist gestern Mittag geschlossen worden, nachdem erneute Verhandlungen über die Handwerkerkammern stattgefunden hatten. Die überwiegende Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat sich, wie verlautet, gegen die Errichtung von Handwerkerkammern ausgesprochen.

Berlin. Die deutsche Kreuzer-Division, Befehlshaber Kontre-Admiral Hoffmann, ist am 30. Juli in Hiogo eingetroffen und an demselben Tage nach Yokohama abgegangen.

Posen. Vom Kriegsgericht wurden zwei Unteroffiziere des in Schlesien garnisonirenden 49. Infanterie-Regimentes wegen Mißhandlungen von Soldaten zu je 2 Jahren 6 Monaten Festung, Degradation und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurtheilt.

Rostock. Der Bildhauer R. Dobereutz ist gestern hier gestorben. Er ist einer Erkältung erlegen, die er sich vor einiger Zeit beim Kentern einer Segeljacht zugezogen hatte.

Helgoland. Kaiser Wilhelm trifft Sonntag Morgens hier ein.

Wien. Dem „Fremdenbl." wird aus Sofia gemeldet, der todtgesagte ehemalige Feuerwehrhauptmann von Sofia, Spiro Kostow, der an der Spitze von 200 Mann nach Makedonien ausgezogen war, ist hierher zurückgekehrt. Er erzählt, der makedonische Aufstand sei so gut wie beendet. Mangel an Lebensmitteln und Trinkwasser hätten, da die Türken sämmtliche Brunnen besetzt hielten, den Aufständischen furchtbar zugesetzt. Die letzten Banden der Aufständischen dürften dieser Tage Makedonien verlassen.

Prag. Der bekannte Rechtslehrer Prof. Randa weist in der „Politik" nach und zwar aus den Bestimmungen des österreichischen Berggesetzes, daß die Kohlenbergbaugesellschaft in Brüx selbst dann, wenn sie bei dem Bergbetriebe keinerlei Verschulden trifft, zur vollen Ersatzleistung an die Geschädigten verpflichtet sei.

Reichenberg. Eine gewaltige Feuersbrunst äscherte die Baumwollabfallfabrik von August Ehrlich in Röchlitz ein. Sämmtliche Maschinen und Garnvorräthe sind vernichtet; 2 Feuerwehrleute verunglückten.

Paris. Hier war das Gerücht verbreitet, in Asnières sei eine große Anarchistenverschwörung entdeckt worden. Den Anlaß dazu gab die Auffindung einer Bombe, die gefüllt war, um eine Gemüsefrau, welche in einem Mordprozeß belastend ausgesagt hatte, in die Luft zu sprengen. Die Bande wurde verhaftet.

Carmaux. Die Glasarbeiter streiken, weil der Arbeiter Baudot, der, um seine Wahl zu betreiben, von der Arbeit ferngeblieben war, entlassen wurde. Der Streik wird längere Zeit dauern.

Bern. Der deutsche Gesandte Busch ist an einer Lungenblutung schwer erkrankt.

Madrid. Der Direktor der Spanisch-Transatlantischen Gesellschaft erhielt vom Ministerium den Auftrag, Vorbereitungen zu treffen für Einschiffung von 20,000 Mann Infanterie, 1500 Reitern, 900 Kanonieren und einer Kompagnie Geniesoldaten nach Cuba.

Kopenhagen. Die Kaiserin-Wittwe von Rußland ist mit dem Thronfolger, dem Großfürsten Michael und der Großfürstin Olga eingetroffen.

London. Dem „Daily Telegraph" zufolge hat der englische Botschafter in Berlin Malet um seine Entlassung gebeten und tritt im Oktober vom aktiven Dienst zurück. Der plötzliche Rücktritt Malet's ist nicht durch politische Gründe veranlaßt.

Warschau. In der Stadt Ciecichow (Gouvernement Radom) wurden von einem furchtbaren Brande, der gleichzeitig an zwei Stellen angelegt war, über 200 Wohnhäuser eingeäschert. Sieben Menschen sind bei der Rettung ihrer Habe verbrannt. Auch die Stadt Grajewo ist von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden; mehr als 100 Häuser wurden eingeäschert.

Die **Berliner Börse** eröffnete reservirt, im weiteren Verlaufe vergrößerten sich indeß die Umsätze in Banken und Renten, und auch die Tendenz befestigte sich. Den Anstoß gab die Steigerung der italienischen Werthe auf die gerichtliche Entscheidung in Bezug auf die Klausel Antonelli. Von Banken waren namentlich Nationalbank gesteigert, recht fest waren auch Diskonto, Handelsantheile und Dresdner Bank. Italienische Bahnen belebt und höher, auch schweizerische Bahnen, ausgenommen Centralbahn, fanden größere Beachtung, von deutschen Bahnen waren Marienburger, Dortmunder und Lübecker fest. Prince Henri matter, Canada-Pacific setzten etwas schwächer ein, befestigten sich aber später. Kohlenwerthe durch Meldungen vom Kohlensyndikat fest, Hüttenwerthe still, nur Bochumer höher. In Italienern fanden große Umsätze bei ca. ¾ Proz. höheren Kursen statt, später trat jedoch Abschwächung ein. Mexikaner, Ungarn und Russen gut behauptet. Im Kassaverkehr 3½ proz. deutsche Staatsanleihe höher, 3proz. sächsische Rente gut gefragt, ungarische 3proz. Anleihe zu 91,40 lebhaft; recht belebt waren auch Griechen, Portugiesen und Argentinier, amerikanische Bonds lagen sehr fest. Von Industriepapieren erfreuten sich Brauereien größeren Interesses, auch andere Papiere waren vorwiegend besser. Privatdiskont 1½ Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** Theilweise bedeckt, O.-S.-O.-Wind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit [illegible], Discomto 220.50, Dresdner Bank 166.20, Staatsbahn —, Lombarden 96, Laura 137.50, Ungar. Gold —, Portugiesen —, Italiener —, Reichsanleihe —. Still.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 102.37, Italiener 88.65, Spanier [illegible], Portugiesen 26.62, Türken 26.00, Türkenloose 146.25, Ottomanbank 714.00, Staatsbahn 810.00, Lombarden —.—. Fest.

Weingrosshandlung H. Schönrock's Nachfolger
Dresden: Wilsdrufferstr. 14 u. Werderstr. 27. Chemnitz: Neumarkt, Ecke Webergasse.
Detailverkauf und Probirstuben bei den Geschäftsstellen.